

Zeitung deutscher Bergleute.

Verbands Organ.



Abonnement-Preis für Nichtmitglieder 30 Pfg. pro Monat, 30 Pfg. pro Quartal frei ins Haus. Durch die Post bezogen pro Monat 70 Pfg., pro Quartal 2 Mark 10 Pfg. Einzelne Nummern kosten 20 Pfg.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Zeile ober oder unter 20 Pfg. bei 6 maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt. „ 12 „ „ 33 1/3 „ „ „ 30 „ „ 50 „ „

Verantwortlicher Redakteur G. Schilde. Herausgeber Johann Meyer, beide Gelsenkirchen. Druck von Hg. Werbelmann, Wattenscheid.

Nro. 41.

Gelsenkirchen, den 8. Oktober 1892.

4. Jahrgang.

Vorzeichen.

Die Möwen wackeln kreischend den Mast,
Des Schiffes, das bald der Sturm erfasst.

Es wittert der Hund schon Leichenbust
Und heult und winselt am Wege zur Gruft.

Das Kommen wirft seinen Schatten voraus,
So sagt man und zieht die Stirne kraus.

Gar manchen Schatten seh' ich zur Stund' —
Es heult und winselt so mancher Hund. —

In blutigen Ringen birgt sich der Mond, —
Sturmbögel verflattern den Horizont.

Gespenshaft steht es schon lange umher,
Wie Ahnung der kommenden Dinge schwer.

Doch unsere „Weisen“ sie sehen es nicht,
Den Glücklichen fehlt das zweite Gesicht.

Und ob es auch knirscht und knirrt ringsum,
Sie sind nicht weniger feßlich darum.

Nach alter Weise treiben sie's fort —
„Die Sinnlichkeit nach uns“! bleibt ihr Lösungswort.



Der gefühlige Achtstundentag und der deutsche Professor und Geheime Hofrath Brentano.

In Nummer 38 des sozialpolitischen Zentralblattes findet sich ein Aufsatz von Brentano über den englischen Gewerkschaftskongress von 1892, der für die Stellung dieses großen Sozialpolitikers zur Frage des Achtstundentages so charakteristisch ist, daß er verdient, hier theilweise wieder gegeben zu werden.

Bekanntlich hat Brentano die englischen Gewerkschaften den deutschen Arbeitern als Muster hingestellt, da sie auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung stehend, immer in Anpassung an die Marktlage durch Selbsthilfe möglichst gute Arbeitsbedingungen erstreben und sich von sozialistischen Anschauungen frei hielten. Schon der letzte große Streik der Kohlenräuber, welche statt des Wechsels der Konjunkturen als unabänderliches Naturgesetz hinzunehmen, versucht hatten, in die Produktion selbst durch Mitänderung der Kohlenförderung einzugreifen, wußte ihm als eine Verkörperung erscheinen. Man begreift daher die scharfliche Enttäuschung unseres Professors über die Heerei dieser seiner Musterarbeiter, insbesondere der Baumwollspinner Lancashire, welche in Glasgow Beschlüsse zu Gunsten der Einführung des Achtstundentages durch die Gesetzgebung gefaßt haben entgegen ihrer früheren Haltung.

Zwar weiß Brentano den Gedanken zurück, daß diese Meinungsänderung den Uebergang zur Sozialdemokratie bedeute. Nichtsdestoweniger hat sie für ihn große Bedenken: Denn die Herabsetzung der Arbeitszeit steigert die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, giebt den Anlaß zur Einführung verbesserter Maschinen, die Ueberproduktion würde abgebaut eine noch größere. Der Untergang von so und so viel Unternehmungen, die den Fortschritt nicht mitmachen können, bedeutet eine Steigerung der Zahl der Arbeitslosen.

Und dann kommt wieder einmal eine Zeit des Aufschwungs. Mehr Arbeit wie früher wird verlangt. Der gefühlige Achtstundentag verhindert die vorübergehende Steigerung durch vorkünderndes Ueberarbeiten. Um der Nachfrage zu genügen werden nun Arbeiter aus anderen Beschäftigungen herangezogen. Dann erfolgt der Rückschlag und die Reservearmee des Industrieselbst ist größer denn je. Da aber nicht die Arbeit der Beschäftigten, sondern die Zahl der Beschäftigungslosen, die sie ersetzen können, die Arbeitsbedingungen der Existenz bestimmt, giebt es nur keinen Schranken in der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Das sind die Gesichtspunkte, aus denen die Maschinenbauer und die Bergleute von Durham und Northumberland, die selbst nur acht Stunden und weniger arbeiten, an ihrer Politik, im Aufschwung den Arbeitstag zu verlängern, im Niedergang ihn herabzusetzen, festhalten.

Wir würden neben diesen Anschauungen eine Aeußerung desselben Gelehrten sehen, die er in seinem Kolleg über ökonomische Politik machte und die auch seinen sonstigen Anschauungen über die Festsetzung der Arbeitsbedingungen entspricht. „Die Niederlage der Buchdruckergehilfen (im

letzten Ausstand) war ganz natürlich, denn sie entsprach der Marktlage.“

Wie reimt sich das zusammen? Oben giebt der Herr Professor den englischen Arbeitern den Rath, zur Zeit des Aufschwungs den Arbeitstag zu verlängern, zur Zeit des Niedergangs zu verkürzen. Den deutschen Buchdruckergehilfen aber sagt er: Ihr hütet den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit nicht bei einer ungünstigen Konjunktur führen sollen, ihr hütet eine günstige Lage des Arbeitsmarktes abzuwarten sollen:

Man sieht, daß Brentano gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit, die er ja sonst so warm befürwortet, durch Gesetz Stillschaltung vorzubringen, nicht im Stande ist, so daß man an der Ehrlichkeit seiner Arbeiterfreundlichkeit billig zweifeln muß. Zumal es ihm doch bekannt ist, daß es namentlich in Deutschland einer ganzen Reihe von Arbeiterkategorien, ja der Mehrzahl, ganz unzulässig ist, durch gewerkschaftlichen Kampf seine entsprechende Herabsetzung der Arbeitszeit zu erreichen; man denke an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hansindustrie, der Schneider-, Mäler-, Wärgewerbe usw. Eher dürfte er sich den Dank der Kapitalistenklasse verdienen mit seinem Rathe an die Arbeiter, bei günstiger Konjunktur länger zu arbeiten; die Fabrikanten würden sicherlich zur Zeit der Krise zwar eine große Zahl von Arbeitern entlassen, die Arbeitszeit aber keinesfalls verkürzen, wönnöglich sogar verlängern.

Man, die englischen Arbeiter, die ihren Vortheil so ausgezeichnet verstehen, werden jedenfalls den Achtstundentag in nicht allzu langer Zeit erkämpfen und den deutschen Arbeitern, denen der ganzen Welt, als Muster dienen, aber in anderem Sinne, als Brentano bisher gewollt.

Ueber das Verfahren bei Stellung von Anträgen auf Bewilligung von Alters- u. Invalidenrente

schreibt das Organ des deutschen Werkmeister-Verbandes, die „Werkmeister-Zeitung“ nachfolgenden Uebersichtswertigen Artikel:

Wie fortgesetzte Anfragen, die an uns gerichtet werden, beweisen, herrscht noch vielfach Zweifel und Unkenntnis über das Verfahren, welches einzuschlagen ist zur Erlangung einer Alters- und Invalidenrente. Da auch die Kameraden oftmals in die Lage kommen werden, hierbei Rath zu ertheilen so glauben wir, im allgemeinen Interesse zu handeln, wenn wir in kurzen Umrissen dieses Verfahren kennzeichnen.

Personen, die den Anspruch auf Bewilligung einer Alters- oder Invalidenrente erheben, haben diesen Anspruch bei dem Sanrath des Kreises ihres Wohnortes, in Städten mit mehr als 10,000 Einwohnern dem Gemeindevorstande (Bürgermeister) ihres Wohnortes anzumelden. I. Handelt es sich um Bewilligung einer Altersrente, so sind dem Antrage beizufügen: 1. Der Geburtschein. Hierbei sei bemerkt, daß der Antrag nur dann erst gestellt werden kann, wenn der Antragsteller das 70. Lebensjahr zurückgelegt hat. 2. Die Dankskarte. 3. Arbeitsbescheinigungen für die vorgesehene Zeit vom 1. Januar 1888 bis 31. Dezember 1890. Wer in dieser ganzen Zeit nur bei einem Arbeitgeber oder bei wenigen beschäftigt gewesen ist, beschränkt sich nur von diesem Arbeitgeber oder, wenn es mehrere sind, von jedem derselben eine Bescheinigung, in welcher der Name und Ende der Beschäftigung bei ihm nach dem Datum angegeben sind, ausstellen und die Unterschrift von dem Gemeindevorstande oder der Polizei- oder einer anderen öffentlichen Behörde beglaubigen zu lassen.

Hat Jemand aber bei einer größeren Zahl von Arbeitgebern in Beschäftigung gestanden, so wird er wohl thun, die Bescheinigungen sämtlicher Arbeitgeber dem Ortsvorsteher oder der Polizeibehörde vorzulegen und sich von diesen eine Bescheinigung über sämtliche Arbeitsverhältnisse, in welchen er gestanden hat, geben zu lassen. Ebenso wird zu verfahren sein, wenn der oder die Arbeitgeber, bei welchen Jemand in Arbeit gestanden hat, nicht mehr leben oder sonst behindert sind, ihrerseits eine Bescheinigung anzustellen, das Verhältniß aber dem Gemeindevorstande oder der Polizeibehörde bekannt ist oder auf irgend eine Art und Weise nachgewiesen werden kann (Brenz. Anweisung vom 20. Februar 1890). In den Arbeitsbescheinigungen ist der thatsächlich bezogene Lohn anzugeben. Diese Arbeitsbescheinigungen können ersetzt werden durch Bescheinigungen über Krankheitszeiten, welche nicht mit dauernder Erwerbsunfähigkeit verbunden sind, dieselben werden ausgestellt vom Kreis- oder Gemeindevorstand. Der Kreisvorstand stellt die Bescheinigung aus über die Dauer einer Krankheit, während welcher der Erkrankte von einer Orts-Betriebs-(Fabrik), Bau-, Innungs-Krankenkasse, von einer Knappschaftskasse, aus der Gemeindevorstandsvorsitzung, von einer etzgeschriebenen oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen Krankentüftung bezogen hat. Der Gemeindevorstand stellt die Bescheinigung aus für diejenige Zeit, welche über die Dauer der von der betreffenden Klasse zu gewährenden Krankentüftung hinausreicht, sowie

für diejenigen Erkrankten, welche einer derartigen Klasse während ihrer Krankheit nicht angehört haben.

Für die nachgeschickte Zeit nach dem 1. Januar 1891, wird der Nachweis der versicherungspflichtigen Beschäftigung in der Regel durch die No. Lage der mit Marken in entsprechender Anzahl begebenen Dankskarten erbracht. Entsetzen jedoch Zweifel, ob die Marken thatsächlich auf Grund eines versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses verwendet worden sind oder liegen sonstige Gründe vor, so müssen auf Antrag der Versicherungsanstalt auch Arbeitsbescheinigungen für die Zeit nach dem 1. Januar 1891 vorgelegt werden. II. Handelt es sich um die Bewilligung einer Invalidenrente so sind dem Antrage beizufügen: 1. Der Geburtschein. 2. Die Dankskarte. 3. Arbeitsbescheinigungen für die vorgesehene Zeit. Hinsichtlich dieser Arbeitsbescheinigungen sei bemerkt, daß der Antragsteller auf Bewilligung einer Invalidenrente durch Bescheinigungen nachweisen muß, daß er vom Zeitpunkt des Eintritts seiner Invalidität rückwärts gerechnet innerhalb der fünf vorhergehenden Kalenderjahre wenigstens 235 Wochen in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse gestanden hat. Von diesen 235 Wochen müssen mindestens 47 Wochen in die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes fallen. An Stelle der Arbeitsbescheinigungen können auch Bescheinigungen über Krankheitszeiten treten. Hier gilt dasselbe, was oben über die Krankheitsbescheinigungen bei der Stellung von Anträgen auf Bewilligung von Altersrenten gesagt worden ist. 4. Ein ärztliches Attest. In dem Atteste muß zum Ausdruck gelangen, daß der Antragsteller erst nach dem 47. Woche seit Inkrafttreten des Gesetzes invalide geworden ist, daß derselbe aber während der 47 Wochen nach dem 1. Januar 1891 wenn auch krank, doch nicht an einer mit dauernder Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit gelitten hat. Dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes ist dann anzunehmen, wenn der Antragsteller in Folge seines körperlichen oder geistigen Zustandes dauernd nicht mehr in der Lage ist, durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit mindestens ein Drittel des für seinen Beschäftigungsberuf festgesetzten Tageslohnes gewöhnlicher Tagelöhner zu verdienen. Ferner muß in diesem ärztlichen Atteste der Zeitpunkt der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit möglichst genau angegeben werden.

Nachdem diese Schriftstücke beigebracht sind, werden sie der unteren Verwaltungsbehörde, mit dem schriftlich oder zu Protokoll zu erklärenden Antrage auf Bewilligung einer Alters- oder Invalidenrente übergeben. Die untere Verwaltungsbehörde prüft die vorgelegten Schriftstücke und reicht dieselben, nachdem sie bei einem Antrage auf Bewilligung einer Invalidenrente vorher noch die Vertrauensmänner und den Vorstand der Krankenkasse des Antragstellers zur Sache gehört hat, dem Vorstande der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt mit ihrer gutachtlichen Aeußerung ein. Dieser hat nunmehr die Rente fest oder lehnt den Antrag ab, wenn die vorstehend erwähnten gesetzlichen Vorschriften nicht erfüllt sind. Gegen den Bescheid des Vorstandes der Versicherungsanstalt, welche den Antragstellern mitgetheilt wird, steht letzteren das Rechtsmittel der Berufung an das im Bescheide benannte Schiedsgericht zu. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts kann noch das Rechtsmittel der Revision bei dem Reichsversicherungsamt in Berlin, Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherung, in folgenden Fällen eingereicht werden: 1. Wenn die schiedsgerichtliche Entscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts oder auf einem Verstoß gegen den Kern Inhalt der Akten beruht. 2. Wenn das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

Die gerichtlichen Kosten des Verfahrens sowohl vor dem Schiedsgericht, wie auch vor dem Reichsversicherungsamt trägt immer die Versicherungsanstalt, mit Ausnahme derjenigen Kosten, welche durch unbegründete Beweisanträge verursacht worden sind.

Internationale Bergarbeiter-Bewegung.

Deutschland.
In der neuen Viktoriagrube zu Städtisch-Dombrowa streiken seit dem 16. vor. Mis., fröh, die Belegschaften. Dieselben verlangen gleichen Lohn wie die Arbeiter auf Sammel-Schlaggrube in Dist. Scharkei, die demselben Besitzer gehört, erhalten. Im Ganzen streiken 450 Mann, die Streikenden verhalten sich ruhig. Die Verwaltung ist entschlossen, nicht nachzugeben und die Arbeiter, welche nicht einfließen, zu entlassen. — Natürlich!

Frankreich.
Die Pariser Arbeiterbörse hat ein Protestmeeting abgehalten gegen das Verhalten der Regierung im Streike von Carmaux. 4090 Personen haben eine Resolution angenommen, in der die Versammlungen sich bereit erklärt, durch Gewalt jeden Angriff der Regierung auf die Freiheit der Bürger zurückzuweisen.

Der in St. Etienne tagende Bergarbeiterkongress beschloß sich in einer Abendstimmung mit der Frage der Bildung eines Verbandsausschusses. Nach lebhafter Erörterung wurde beschlossen, daß niemand Mitglied dieses Ausschusses sein könne, der nicht Bergmann sei oder gewesen sei. Ferner wurde die Frage der Unterstützung- und Pensionsklassen beraten. Es wurde ein Ausschuss gewählt, um diesen Plan zu prüfen.

Oesterreich.

Oesterreich. Nächst voran geht hier die junge Bergarbeiterbewegung. Am 4. September tagte in Völsberg (Stiermark) eine Volks-Versammlung in der die Lage der Arbeiter im allgemeinen und im besonderen die Bergarbeiter und ihre Stellung zu den neuen Bruderalben besprochen wurde. Außerdem erörtere man noch allgemeine Angelegenheiten. Die ersten wurden in ausführlichen Referaten von den Genossen Mittelmayr und Ristal aus Prag behandelt und brachte letzterer eine Resolution zur Verlesung, welche von den 800 bis 1000 Anwesenden in folgender Form einstimmig angenommen wurde:

„Die heute den 4. September im Gasthause zum Schloßhiesl in Völsberg versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären: In Erwägung, daß das Parlament und die resp. Regierung bis heute keine einzige der Forderungen der Arbeiter und herrschenden Zuständen entsprechende Reformen durchgeföhrt hat, wovon abermals die vernünftige Reform der Bruderalben, resp. die Schaffung des neuen Bruderalbengesetzes Zeugnis giebt, daß sie der Ansicht sind, daß das Parlament, welches sich in seiner Zusammensetzung als eine Vertretung der besitzenden Klasse darstellt, sowie die demselben entsprechende Regierung nicht den ernstlichen Willen oder die Kenntnis haben der Arbeiterklasse und den Verhältnissen entsprechende zu schaffen und daß eine energische Rundgebung des Willens des Proletariats nur erfolgen kann, durch die Einführung des allg. gl. und direkten Wahlrechts, und voller Veretnis, Versammlung, Preß-, Rede- und Coalitionsfreiheit und Freizügigkeit.

2. In Erwägung, daß die Reform der Bruderalben resp. Durchführung des neuen Bruderalbengesetzes nicht ausgeföhrt werden können wird, da die laut Versicherungsgesetzlichen Vorschriften notwendigen Kapitalien weder vorhanden, noch angebracht werden können, indem die Bergarbeiter eine Mehrzahl der heutigen geringen Löhnen nicht leisten können und die Unternehmer keine leisten wollen, in weiterer Erwägung, daß die Bergarbeiter die Bruderalben nur dann ein Interesse abgewinnen könnten, wenn ihnen dieselben eine ausreichende Altersversorgung bieten würden, was weder nach dem alten, noch dem neuen nunmehr in Kraft tretenden Bruderalbengesetz der Fall ist, die Bruderalben aber als Kranken- und Unfallversicherungs-Institute nur einen kläglichen Ablass der ohnehin nicht sehr zweckentsprechenden nach den Gesetzen vom 30. März 88 N. O. B. 33 und 39 errichteten allgem. Kranken- und Unfallversicherungs-Anstalten bilden, wobei noch die Bergarbeiter in Bezug auf Unfallversicherung durch die Bruderalben gegenüber der industriellen Arbeiterschaft arg benachteiligt würden, erklären die anwesenden Bergarbeiter, daß sie die Wiederanfertigung einer so schlechten alterstümlichen Sozialreform wie die Bruderalben selbst nach dem neuen Bruderalbengesetz sein würden nicht nur nicht wünschen, sondern überhaupt nicht wollen. Damit jedoch die älteren Bergarbeiter ihrer eingezahlten Beiträge und diesbezüglichen Ansprüche nicht verlustig werden, sollen dieselben von einer zu bestimmenden Altersgrenze an, Mitglieder der bestehenden Bruderalben bleiben, mit dem Besatze, daß sie ihrer Ansprüche auf Altersversorgung durch die Bruderalben, durch nichts verlustig werden können und bei gezwungenem Austritte aus der Bruderalben ihre eingezahlten Beiträge zurück erhalten.

England.

— In einer von etwa 50,000 Personen besuchten Versammlung des Vereines der Grubenarbeiter von North-Wales wurden mehrere Resolutionen zu Gunsten des Achtstundentages und der Ernennung eines Arbeitsministers angenommen.

Amerika.

Die Bergarbeiterkämpfe in Idaho sind vorläufig abgeschlossen, schreibt der „Sozialist“. Zur Zeit verrichtet die Klassenjustiz ihre schamige Arbeit. In Spokane, Washington, fand eine von 3000 Bürgern besetzte Massenversammlung statt, in welcher das brutale Vorgehen der Staats- und Bundesbehörden gegen die Miner in Coeur d'Alene-Distrikt entsetzlich verurteilt wurde. Mit welcher christlichen Brutalität die Bourgeoisie auftritt, beweist eine Notiz im „California Demokrat“. Es heißt da: „Wenn die Streiker in Peuninsulana nicht Dibre partien, so wird sie der Staat mit Pulver und Blei zu Paaren treiben, und das gleiche wird den Bergleuten von Idaho durch die Bundesstruppen geschehen, wenn sie sich nicht fügen. Waffengewalt ist in der Republik wie in der Monarchie und überhaupt in jedem zivilisierten Staatwesen die ultima ratio.“ — „Gerade deshalb“, bemerkten amerikanische Arbeiterblätter hierzu, werden sich die hiesigen Arbeiter im Waffengebrauch üben, um mit den herrschenden Klassen einträchtig argumentieren zu können.“ — Es erwähnen ist noch, daß 36 Silberminen im Idaho-gebiet den Betrieb einstellen. Das Unternehmertum beabsichtigt ihren Coup, um den Marktpreis des Silbers zu erhöhen. Die Arbeiter mögen den Experimenten der Herren ruhig zusehen und hängen. Wie groß die Noth der Kapitalisten ist, geht aus folgenden Daten hervor: Die Silberminen in Idaho sind im Besitz von ein paar Kompanien, welche enorme Profite machen. Im Jahre 1890 hatte die Aschente einen Reich von 13,924,500 Dollars, davon Gold 3,593,333 Dollars, Silber 5,594,167 Dollars, Blei 4,510,000 Dollars, Kupfer 125,000 Dollars. Trotz dieser enormen Ausbeute reduzierten die Herren den Lohn der Arbeiter kräftig, daß der soeben beendete blutige Streik ausbrach.

Der Bergarbeiterstreik in Tennessee hat wieder um sich gegriffen. Die Nachrichten aus den Ausbaugebieten in Coals-Creek klingen sehr ernst, die Ausführenden verhalten sich nunmehr wie Zuchtjunker, zu arbeiten. In ihren Massenversammlungen vom 15. September haben die Bergleute den sofortigen allgemeinen Ausbruch beschlossen; das eingetroffene

Militär wird nicht für ausreichend zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ gehalten.

Australien.

In der Broken Hill Mine sind anlässlich des Streiks einige Arbeiter verhaftet worden. Später versammelten sich um 6000 Personen auf der Straße und forderten eine Abordnung an den Premierminister, Sir George Dibbs, um dieselben zu veranlassen, die verhafteten Bergleute freizulassen. Der Premierminister lehnte es jedoch ab, die Abordnung zu empfangen, erklärte sich aber bereit, dies am nächsten Morgen zu thun. Die Menge marschierte darauf nach dem Parlamentsgebäude, konnte aber nicht hinein, weil eine starke Absperrung bewaffneter Schutzeleute sie daran hinderte. Die Aufregung in Sidney ist groß und das Militär wird in Bereitschaft gehalten.

Mundschau.

Der Winter naht und mit ihm beginnt auch in der bergbau-treibenden Industrie eine regere Thätigkeit. Allerdings ist man seitens des Unternehmertums durch die eben besandene Krise vorsichtiger geworden und denkt keineswegs daran die Förderung im vollen Umfange aufzunehmen. Das ist ganz natürlich, denn der Kohlenpreis muß hoch gehalten werden. Ein Beispiel dafür lieferte vor Kurzem der Dortmunder-Kohlenverkaufsverein, welcher in seiner letzten Hauptversammlung beschloß die Einschränkung der Förderung für den Monat Oktober auf nur 15 Prozent gegen die bisherige Einschränkung von 25 Prozent festzusetzen.

Arbeiter-Entlassungen in großem Umfange finden in hervorragenden industriellen Etablissements (besonders der Eisenindustrie) Elsaß-Lothringens statt. Auch auf dem Straßburger Arsenal wurde 80 Arbeiter zum 1. Oct. gekündigt. Es sind unter ihnen viele Familienväter. Der Winter steht vor der Thüre! Elend; schweren ungewissen Zukunft gehen die Leute entgegen. Wer wird Arbeit und lohnenden Verdienst schaffen?

So fragt das „Straßburger Tagblatt“ rathlos. Wäre die heutige Gesellschaft eine Gesellschaft wie sie sein sollte, so würde sie dafür Sorge tragen, daß ihre Mitglieder fortwährend Arbeit hätten und Mittel zum Leben. Und wäre der heutige Staat wirklich das, wofür er sich ausgibt, so wäre er seine Arbeiter nicht am Vorabend des Winters vor die Thüre stellen des humanen Spruches eingedenk: „Der Moth hat seine Schuldigkeit gethan, der Moth kann gehen.“ Warum hat man nicht den Seibtag zur Abdingung ausgewählt? Das wäre eine passende Fete gewesen!

Dividenden. Die Schiffs- Maschinenfabrik (vormals Nisch. Hartmann) in Chemnitz hatte in dem soeben abgeschlossenen Geschäftsjahre einen Gewinn von über einer Million Mark. Bei dieser Biffer sind schon die an die Direktoren und Beamten zu zahlenden Tantiemen in Abzug gebracht worden. Rund 360,000 Mark sollen auf Abschreibungen gerechnet werden; das übrige soll zu einer Dividende von 7 Prozent verwendet werden.

Warum die Arbeiter arm sind. In London giebt es 16,000 Familien mit 70,000 Köpfen mit einem Jahreseinkommen von mindestens 1500 Pfund Sterling gleich 30,000 Mark. Keiner dieser Personen verrichtet eine nützbringende Arbeit, sie eignen sich vielmehr den Arbeitsertrag Anderer an, und während sie im Ueberflusse schwelgen, müssen Hunderttausende Noth und Entbehnung leiden. Das nennt man christliche Weltordnung.

Von den städtischen Saargruben wurden im Monat August 538,931 t Kohlen gefördert und 528,974 t abgesetzt. Die ungünstige Lage des Kohlenmarktes erforderte mehrfach Friereschichten um Förderung und Absatz einigermaßen in Gleichgewicht zu setzen. Lediglich hierin ist der Rückgang der Förderung um 18,400 t gegen diejenige im August vor. Jahres begründet. Mit der Bahn wurden 315,226 t gegen 343,664 t im Juli, auf dem Canal 55,974 t gegen 47,163 t im Juli verschifft. Die Schiffsfrachten fanden außerordentlich niedrig; nach Straßburg 1,92 Mark, nach Mühlhausen 2,72 Mark, nach Hainingen 3,44 Mark, nach Nancy 1,60 Mark, nach Pompey 1,60 Mark, nach Sarregouis 4,80 Mark, nach Bar-le-Duc 2,80 Mark, nach Paris 6,60 Mark pro Tonne ab Hafen Markt. Im Sandabsatz wurden 26,002 t und von den bei den Gruben gelegenen Koksereien 76,315 t aug. forbert. Die Halbvorräte sind gegen den Vormonat um 9,938 t gesunken.

Zum Kapitel der Heiligkeit der Ehe. Etwa zwanzig, zumeist den „besseren Ständen“ angehörige Frauen wurden in Volksmarsdorf verhaftet wegen wiederholter Verbrechen gegen das keimende Leben.“ Es sollen noch viel mehr Frauen dazw. verwidelt sein.

Ueber die sozialpolitische Geschichte des rheinisch-westfälischen Bergbaues finden sich in einer vom Oberbergamt zu Dortmund aus Anlaß seines 100jährigen Bestehens herausgegebenen Festschrift einige interessante Angaben. Von der Zeit der Reformation an bis in die Mitte dieses Jahrhunderts wurden die Bergarbeiter der Bergarbeiter wie die des Bergbaues überhaupt von den Staatsbehörden geregelt. Das staatliche Bergamt nahm die Arbeiter an, stellte die Löhne und die Maximalarbeitszeit fest; noch eine Institution von 1839 wies den Revierbeamten an, bei Abschließung der Gehilge mit den Arbeitern ebenso sehr „auf das Wohl aller Knappschäftskandidaten“, wie auf den „Vortheil“ des Grubenbetriebes zu sehen. Trotz dieser Fürsorge gaben schon damals anwachsende Mißstände Anlaß zu Klagen, so der Unthätigkeit und der Abhängigkeit der Arbeiter, u. a. m. Am Anfang dieses Jahrhunderts kam es in einem Theil des Bezirkes einmal zu einer richtigen Revolte, aber nicht der Arbeiter, sondern — der Arbeitgeber, die sich den bergbau-politischen Vorschriften nicht fügen wollten; es mußte sogar Militär zu Hilfe gerufen werden. Als wesentliche Ursachen der Mitte des Jahrhunderts erfolgten Zulassung des kapitalistischen Privatbetriebes bezeichnet die Festschrift die großen, durch die Entwicklung der Technik und der fremden Konkurrenz bedingten Ausgaben und sonstigen Schwierigkeiten, denen der Privatbetrieb besser gewachsen schien, als der durch den Staat geleitete Betrieb. Auch über die Entwicklung des

Knappschäftswesens enthält die Festschrift bemerkenswerthe Mittheilungen und überhaupt legt sie wieder einmal den Wunsch nach einer baldigen gründlichen wirtschaftlichen Erforschung dieses wichtigen Gebietes nahe.

Der Anarchist Bergmann, welcher während des Streiks der Arbeiter der Hüttenwerke im Homestead am 2. Juli cr. auf den Fabrikanten der Carnegie'schen Gesellschaft Fried. geschossen hatte, wurde zu 21 Jahre Gefängnis u. einem Jahre Zwangsarbeit verurtheilt. Irgend ein bürgerlicher Wohlwahrer wäre besser weggenommen mit oder ohne Bestrafung der Geschworenen. So entschiedene Gegner des Anarchismus wir sind, es ist klar, daß hier der Arbeiter der aus Empörung über die angesprochenen und niedrigen Löhnen die Hüttenleute sich an einem Schinder vergreift, deshalb so hart angefaßt wird, weil er für die Arbeiter eintritt. Die schuldigen Partekons erhalten vom Uncle Sam die Witzkrone.

Consum-Angelegenheiten.

Mit Fremden haben wir den in vor. Nummer dieser Zeitung enthaltenen „Consum-Angelegenheiten“ überschriebenen Artikel gelesen. Mit Fremden sagen wir, nicht wegen in der darin enthaltenen, verschiedentlich wichtige Zahlen-Poeten, sondern hauptsächlich wegen der zum Theil gegenarratorischen Fassung desselben.

Sachen wir zunächst den Beweis des erstern anzutreten. Greifen wir aus den in fraglichem Artikel angeführten Zahlen-Poeten zu den Poeten Meißner heraus. Der Artikel-Schreiber hat denselben mit Mark 13,000 jährlich pro Filiale angesetzt

Belgen wir nun, wie es sich in Wirklichkeit verhält.	
Pro Jahr und Filiale zahlt die Genossenschaft	
Mietz: in Gelsenkirchen . . .	Mark 1,040.
Wattenscheid . . .	1,000.
Eppendorf . . .	440.
Sandkrone . . .	330.
Aplerbeck . . .	420.
Brackel . . .	360.
Essling . . .	250.
Strichhorde . . .	210.
Serne . . .	425.

Summa Mark 4,475.

Somit pro Filiale und Jahr 537 Mark 20 Pf., also 762 Mark 80 Pf. weniger wie der Verfasser des Artikels angenommen.

Sehen wir nun zu dem Poeten Mädchen ab. Da müssen wir denn von vornherein konstatieren, daß der Verfasser irrt, wenn er in seinem Artikel sagt: In jeder Filiale ist noch ein Mädchen circa zur Hälfteleistung thätig. Eventuell irrt er, wenn er den monatlichen Lohn der Mädchen auf 75 Mark ansetzt

Es verhält sich hiermit wie folgt: Mädchen zur Hälfteleistung befinden sich in

Sandkrone, monatliches Gehalt 40 Mark.	
Aplerbeck, „ „ 55 „	
Serne, „ „ 50 „	
Wattenscheid, „ „ 55 „	
Eppendorf, „ „ 70 „	

Summa 270 Mark.

Mithin rund pro Jahr und Filiale 358 Mark Differenz zwischen der Annahme des Artikel-Schreibers und der nachden Wirklichkeit beträgt demnach 542 Mark.

Vorsehende beiden Aufstellungen werden hoffentlich zureichenden Anlaß zu den Unrichtigkeiten der Zahlenposten in dem angezogenen Artikel in eclatantester Weise darzutun. Allerdings macht der Verfasser auf Nichtigkeit seines Anspruchs, aber die Fassung des Artikels ist derartig, daß sehr leicht Mißtrauen sowie Verwirrung und unklare Vorstellungen über die Genossenschaft resp. deren Vetter bei den Lesern entstehen können. Der Verfasser daher in erster Linie seine eigenen Worte zu klären, wo er da sagt: „Es ist also durchaus kein leichtes Spiel mit dem Consum-Verein zu treiben.“ Uebrigens würde es dem uns wohlbekanntem Verfasser ein leichtes gewesen, sich besser zu informieren. Wir rathen ihm aber in seinem Interesse das Artikelschreiben über Consum-Angelegenheiten getrost anderen zu überlassen. Möge er fernerehin zu Nutzen und Frommen des Bergarbeiterstandes das Feld der Verdienste-Dividenden und Aktien Profite für sich in Anspruch nehmen, da er hier anerkannter Weise in seinem Element ist.

Was übrigens die Rentabilität der Genossenschaft angeht, so ist darüber kein Zweifel. Langsam aber sicher sind dieselbe dem in früheren Artikeln von Schreiber dieses angebeuteten Ziele zu.

Bekanntlich hat die Genossenschaft in jüngster Zeit 2 Stellen eigene Bäckereien eingerichtet, woraus die Mitglieder Brod und Weißbrod entnehmen. Wenn an sich die Selbstproduktion von Backwaaren schon etwas ist, welches das Einkommen jedes Consum-Mitgliedes höher schlagen machen könnte, so wird der reale Werth dadurch noch erhöht, daß die in den Bäckereien hergestellten Backwaaren durchschnittlich 2 bis 3 Pfund schwerer sind, wie die von anderen Bäckern zu gleichem Preise. Dabei ist in der Regel die Qualität bedeutend besser. Zwei schöne zweckentsprechende Wagen mit Gespannen sind von der Genossenschaft angekauft, um die Backwaaren zu den Bäckereien nach den einzelnen Filialen zu transportieren. Nach dem die Genossenschaft noch im Laufe dieses Jahres 3 Zweigabteilungen resp. Verkaufsstellen zu errichten. Es sehen also, trotz der ungünstigen, wirtschaftlichen Verhältnisse für den Arbeiterstand ein stetiges Vorwärtsschreiten.

Dann warne ich vor allen überflüssigen Experimenten, unter Umständen nur zu sehr geeignet sind, unserer Organisation in jeder Beziehung zum Schaden zu werden. Dabei ist nicht geschickt, rufe ich allen christlich denkenden, in Klassenlage begriffenen Genossen zu:

Drum nährt den Brand der heiligen Flamme, Weicht unserm Bunde eure Kraft. Wir alle sind von einem Stamme Sind eine einzige Bruderschaft.

Der einzelne wird stets erliegen.
Und fruchtlos kämpfend untergehn.
Jedoch wir alle müssen streben,
Wenn wir nur fest zusammenstehn.

Jul. Schw. . . .

Aus dem Kreise der Kameraden.

Gelsenkirchen. Ein bezeichnendes Wort wissen gegnerische Blätter über das Vorstandsmittglied des Konsumvereins rheinisch-westfälischer Bergleute „Giskauf“ J. W. zu berichten. Es lautet nämlich eine Notiz in der Gelsenkirchner und anderen Zeitungen folgendermaßen:

„Als nach der am Sonntag bei Herdenbach abgehaltenen Versammlung der Gewerkschaft mit dem Br. eine Auseinandersetzung hatte, antwortete dieser: „Br. ist nicht so dumm, daß er die schlechten Speck frisst, der ist gut für die Arbeiter.“ So wissen also die Bergleute, wie ihre rothen Führer über sie denken und zu welchem Zwecke sie gelehrt werden; nur der Synismus, mit dem J. Br. dies auspricht, muß frappten. Ob die Bergleute Lust haben, noch fernerhin sich an dem ihnen angeblichen Konsumverstoß zu beteiligen?“

Natürlich ist diese Nachricht von A bis Z erlogen. Weder Broham noch dessen Frau haben sich in diesem Sinne geäußert. Bezeichnend bleibt es für die Kampfesweise der bürgerlichen Blätter, daß sie auch hier sich auf die Aussagen von Personen stützen, auf deren Vertrauenswürdigkeit und Wahrheitsliebe seitens der Arbeiter selbst nicht das Geringste gegeben ist. Wir begnügen uns hiermit, die moralische Vertommenheit der bürgerlichen Presse niedriger zu hängen; wir bezeichnen sie nach der Richtschnur: „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich werde Dir sagen, wer Du bist!“

So rechtfertigt sich das angeschuldigte Vorstandsmittglied in der „Westf. Freien Presse“ und geben wir diese Zeilen zur Vertheiligung den Mitgliedern gegenüber wieder.

Gelsenkirchen. Eine Arbeiterzeitschrift berichtet das hiesige Gewerkschaftsblatt, an dem die Bergleute ebenfalls beteiligt sind. Dasselbe hat auf dem Bau des Unternehmers S. Burghard zu Schalle stattgefunden und soll ihren Grund in den anwachsenden Forderungen des Bauherrn haben. Die vor allem daran beteiligten Maurer bitten dringend, jeden Bezug fernzuhalten.

Bochum. Ein Wurm der nicht sterben will ist die Frage von der Anstellung sogenannter Obersteiger. Nachdem eine Zeitsung die von uns gebrachte Notiz (vergl. No. 26 d. Bl.) widersprechen war, hält der Knappschafsvorstand die Sache für wichtig genug, um sie auf die Tagesordnung einer Zusammenkunft zu setzen. Es ist das freilich ganz natürlich, denn hier ist nur maßgebend das Diktatorwort: Darum laßt uns heute leben, morgen können wir's nicht mehr!

Bochum. Wlan der Eifer schadet nur, das mußte auch die rheinisch-westfälische Kohlentante erfahren. In ihrer Lust am Berührungspunkt tische sie ihren Lesern folgenden Witz auf:

„Die am Sonntag (wahrscheinlich den 25. Septbr. D. N.) hier angekündigte Versammlung des Bergarbeiterverbandes kann wegen Schwierigkeiten, die sich aus der Lokalfrage ergeben haben, nicht stattfinden, sondern wird dem Verwehnen nach in Witten abgehalten werden. Es soll dort namentlich die Prehanlage verhandelt und Beschluß über eine ev. zu gründende eigene Druckerei und dergleichen gefaßt werden.“

Hieran ist nämlich nur soviel wahr, daß es sich um 2 Konferenzen der sozialdemokratischen Partei, mit denen der Verband deutscher Bergleute nichts zu thun hat, handelt. Die rheinisch-westfälische Zeitung überführt, daß in ihrem Ueberreifer und macht daraus Berathung u des letzten in der freventlichen Absicht, eine gewerkschaftliche Organisationspolitik zu beschreiben und zu benutzten. Sie gleicht in dieser ohnmächtigen Verdrängungsfucht jenem Kippl, von dem der Dichter singt:

In heil'gen Hallen zu Stugapur
Sag einst ein altes Prokoll,
Von änderst grämlicher Natur
Und laut an einem Botostitel,
Es ist ganz alt und völlig blind,
Und wenn es einmal trert des Nachts,
Dann weint es wie ein kleines Kind,
Ist aber schön der Tag, — dann laßt's.

Bochum. Arbeitergrößen sind es die „gewissenlosen Hehr“ des alten Verbandes schluden, Arbeitergrößen sind es, die den Schmerzbau des Kaputtisten anschwellen, Arbeitergrößen endlich sind es, über die der Vorstand des Knappschafvereins verfahren kann. Daß das zuweilen in einer Weise geschieht, die keineswegs mit dem Einverständnis der Bergleute sich im Einklang befindet, ist zweifellos und schon vor einiger Zeit hatten wir ein Beispiel dafür angeführt (vergl. No. 23 d. Blg.). Heute sind wir nun in der benfowenig errenlichen Lage, abermal ein Sparmaßlein unseres Knappschafsvorstandes anzunehmen. Es zeigt sich dieses in den sogenannten Beschlüssen, welche den neugewählten Knappschafältesten angefaßt wurden. Soweit der dabei entwicelte Kunstsin und Geschmac in Frage kommt haben wir gegen die Maßführung selbst nichts einzuwenden, anders aber steht es mit den dafür aufgewandten Kosten. Wie uns nämlich von sachmännlicher Seite mitgeteilt wird, beträgt der Herstellungspreis einer so geschmacklos gearbeiteten Vollmacht mindestens 20 Pfg. Für den Fall nun, daß sämtliche neu- und wiedergewählten Vorstände — nehmen wir 250 an — eine solche erhalten, würde das schon das ungeheure Summen von 50000 Mark ausmachen. Hierzu kommt, daß für die Zusendung dieser großartigen Beschlüsse pro Exemplar ebenfalls 20 Pfg. aufgewandt werden müssen, was bei der gleichen Zahl von Empfängern ebenfalls 50000 Mark ausmacht. Berechnet man endlich den Briefmahl, das Adressenreiben und die Anfertigung der Vollmacht mit 10 Pfg., was keineswegs zu hoch sein wird, so ist sich hier eine Steigerung von 25 Mark. In Summa also für diese Legitimationsgeschichte ein Minusbetrag von 100000 Mark ausgegeben. Daß diese Summe zum Theil recht

überflüssig ausgegeben ist, mag aus folgendem Umstand erhellen. Der Verband deutscher Bergleute besitzt seine Vertranensleute ebenfalls mit Vollmachten. Das Lausend davon kostet 600 Mark, 250 Stück also 150 Mark. Für Porto, Couvert und Anfertigung der Vollmacht und Adresse 16 Pfg., das macht für 250 Stück also 47 Mark in Summa 197,50 Mark. Sagen wir also rund 50 Mark. Dabei natürlich wird auf dem Verbandsbureau das Geld vergendet, bei dem Knappschafverein aber, der für den gleichen Zweck des Ausweises noch 1 1/2 mal mehr auslegt, in gewissenhafter Weise gespart, das allerdings nur nach der Logik schwachköpfiger Bierpflüster oder vernagelter Spielbürger.

Essen. Auf der Zeche Altenbock an der Ruhr werden mehrere Schichten im Monat gefeiert und zwar, wie die Bergleute dort behaupten, aus rein freundschaftlichen Gründen für die Mehrzahl der dortigen Arbeiter, damit diese sich hin und wieder mal eine Schicht ausruhen können. Eine kleine Minderheit dagegen soll für die Feterschichten Aufstrich haben, anzufahren, um alles voll zu setzen. Einige hochfakte Leute wollen nun behaupten, diese während der Feterschichten zur Arbeit Zugelassenen seien eine Plage von Beamtenleiblingen, Speichelleckern usw.; aber so etwas können wir nicht glauben, denn es ist doch viel schöner sich auszurufen, als zu arbeiten, das steht auch der Dummste ein — und das Arbeiten ist ja nur etwas für die Nummen — Nur will es uns nicht einleuchten, daß gefeiert wird und doch, offenbar um eine flotte Förderung zu erzielen, die leeren Wagen während der Feterschicht vollgesetzt werden. Wir halten diese Manipulation für eine elende Mache, um einen Abzahnangel durch die Feterschichten mehr zu dokumentieren, als er thatsächlich vorhanden ist; dabei die eine „Sorte“ vor Bergleuten gegenüber der andern „Sorte“ (der wenigen, welche an den Feterschichten arbeiten müssen, meinen wir natürlich) in den Ruhepausen zu „bevorzugen“ —

Noch eins von der guten Zeche Altendorf haben böswillige Verläumder zu berichten, nämlich es solle trotz eines neu angelegten Ventilators nicht brennen. Selbstverständlich ist dieses nicht wahr, denn wenn es auch gleich nicht brennt, wenn auch an verschiedenen Betriebspunkten die Lampen vielleich verfaulen, so mag man auch zuweilen daran denken, daß aus Rücksicht darauf, daß es mit dem neuen Ventilator in der Grube, beim ersten Anlassen ein „Sturm“ hätte geben können, die einzulegenden Tagesöffnungen vernagelt sein könnten — so! so würde gewesen sein. Wir sagen ja nicht, daß die Köpfe vernagelt waren; es heißt eben nur etwas, den Weiterzug auf einen neuen Ventilator einzurichten; da mußte die Schließung der einzulegenden Schächte wohl am Plage sein, wer weiß, was sonst passiert wäre. Vorsicht ist zu allen Dingen nötig, und wenn's auch mal ein blähen nicht brennt, dann soll man aber nicht gleich sagen, die Beamten wären Schafköpfe.

Holsterhausen bei Essen. Zum Kapitel der Wohlfahts-Sturichungen. Am 15. August eröffnete die Verwaltung der Zeche Humboldt in Holsten, ihre am Aufschwung in Holsterhausen bei Essen neuangelegte Kasse. Es war das für manche Arbeiter eine Erleichterung; denn nun brauchten sie nicht mehr mit nassen Kleibern den einfaßstündigen Weg über Tage zum alten Schacht Humboldt zurückzulegen, um sich dort zu waschen und umzukeilen. Dieser Weg wurde mit in die Schicht eingerechnet, auch die Böhne waren ziemlich befriedigend. Doch das sollte mit Einführung der neuen Kasse anders werden und der deutsche Michel gar bald merken, daß er sich gründlich getäuscht hatte. Zunächst wurden die Gehalte reduziert und die Zeit, die sonst zur Zurücklegung des Weges zum alten Schacht benutzte, nunmehr aber erpart wurde, wurde zur Schicht geschlagen, diese also verlängert. Gewiß ein doppelter Nutzen für die Gewerkschaft, gleichgültig wurde aber die neue Anlage eine Falle der Humanität. Schon in den ersten Tagen erfolgte die Verhaftung von 20 Mann mit je 1 Mark, weil sie zu früh Schicht gemacht hätten. Am 16. September erließ das gleiche Schicksal 12 Mann. Am demselben Tage hatte sich aber der gestrengte Steiger selbst eine 1/2 Stunde verspätet, so daß die Arbeiter auf ihn warten mußten. Wer bestraft nun aber den Steiger? Ja Bauer, das ist ganz was anders! Man möchte sagen, daß die armen Arbeiter, wenn sie leidend aus der Tiefe kommen, um Schicht zu machen, förmlich überfallen werden. Der Herr Steiger stellt sich im dunklen auf dem Anstand und ist dort seines Opfers völlig sicher. 1 Mark muß dann der Bergmann abbluten von seinen Hungerlöhnen. Unter diesem Umständen wundern man sich auf gewisser Seite noch, daß die Zahl der Sozialdemokraten zunimmt. Nein, in der That es sind noch nicht genug, denn wären es ihrer mehr, der Spieß würde sich bald wenden. Wie es in den Fahrüberhauen aussieht darüber später einiges.

Serne. In echt spießbürgerlicher Manier, wenn auch unter deutlicher Offenbarung ihrer guffigen Ohnmacht, läßt es sich die „Serner Zeitung“ anzeigen sein, nämlich der Gemeinderatswahlen den Mitgliedern des Verbandes deutscher Bergleute eine auszuweisen. Es schreibt nämlich, nachdem es seinen Mißmuth über die rührige Agitation der organisierten Bergleute und die Lausheit der sogenannten „Ordnungsgegnerten“ Wähler gebührend Ausdruck gegeben hat:

„Die Verbändler rechnen auch wohl kaum auf einen Stieg, die Hauptsache ist ihnen, daß den Mitgliedern wieder ein Bekenszeitchen gegeben und deren Aufmerksamkeit von den unliebsamen Vorgängen in der Verbandsverwaltung abgelenkt wird, die ja so vielfach in der letzten Zeit in öffentlichen Versammlungen bloßgelegt worden sind.“

Es ist das wieder eine jener bekannten Verdrängungen, die sich in ungezählter Mannigfaltigkeit bei der gegnerischen Presse finden. Der Verband sowie seine Verwaltung ist diesen gegenüber in der angenehmen Lage, jede Kritik entgegen zu nehmen, und braucht in keiner Weise die Defensivhaltung zu scheuen. Darum auch treibt er keine Bemerkungslosigkeit, wie es die bürgerlichen Pressesachen immer zu thun pflegen. Sie suchen stets zu vertuschen und legen diese erbärmliche Kampfweise auch bei ihren Gegnern voraus, getrennt dem Sprichwort: Es sucht niemand einen hinter den Ofen, der nicht selbst dahinter gestanden hätte.

Annert. Zum Schutz des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes lieferten zwei Steiger auf Zeche „Klingeltaube“ eine beachtenswerthe Illustration. Sie stellten nämlich den ihrer Obhut anvertrauten Bergleuten das humane Anstehen aus dem Verband auszuweisen. Indessen war der eine noch großmüthiger als der andere. Während nämlich dieser das für sofort verlangte, begnügte sich jener damit bis Weihnachten auf die Befolgung seines Befehls zu warten. Wie die Bergarbeiter vernünftigen, soll diesen beiden Gesellschaftsrettern ein Mittagberverzechteln in die Hände gespielt sein. Von welcher Seite das geschehen sein könnte, vermögen wir nicht zu sagen, doch ersieht es uns nicht ausgeschlossen, daß irgend eine Behörde sich zu einem derartigen liebevollen Handlangerdienste bereit gefunden haben könnte. Bei dieser Gelegenheit soll sich auch folgendes Zwiegespräch entsponnen haben: Einer der Leute fragte: „Treten denn auch die Beiden aus dem Kohlenring aus?“ — „Das sind eure Sachen nicht!“ lautete die künstliche Antwort. „Nun wohl, sagte der Fragesteller, wenn ihr unseren Verband aufißt, so wollen wir den euren auch vernichten.“ Diese Prophezeiung schäuferte aber den Herrn keineswegs ein, denn er erwiderte großsprecherisch: „Ihr lieben Leute ihr müßt nicht ein Wurmchen mit einem Wolf vergleichen!“ — Bravo! sagen wir doch, wenn selbst Vorgesetzte der Bergleute die Kapitalisten als Wölfe bezeichnen, so können wir nichts dagegen einwenden, wünschen aber wollen wir, daß auch bei solchen Dingen des Geldsacks die Selbsterkenntniß bald der Weg zur Besserung sein möge.

Saarbrücken. Die fetteste Ente verschlucken unsere Gegner in ihrer blinden Entstellungssucht und ihrem Sensationsheißhunger. So ließ sich das „Rhein.-Westf. Tagebl.“, welches im Vordertreffen des läugerischen Zeitungsgehwitters steht, folgenden Wären aufbinden:

„Die Hecker zum Streik, Marken und Genossen, die wie an dieser Stelle mitgeteilt wurde, dem Kaiser beim Herabwachen „Elenbilder“ nach Potentinscher Manier vorführen wollten, beschlossen, mit Rücksicht auf den Anfall der Markener, als „Kaiser-Delegirte“ eine Audienz in Berlin zu erbitten und zugleich dem Handelsminister eine „Beschwerdebefchrift“ zuzustellen. Dehlers ist bereits geschehen, und es soll auf dieselbe ein ungünstiger Bescheid ergangen sein. An der Deputation zum Kaiser sollten theilnehmen Marken, Becker und Rechtsanwält Geyher, die beiden letzteren als Vorstehender bzw. Syndikus des Rechtschuhvereins. Wie nun aber bestimmt verlautet, hat es der Kaiser abgelehnt, die Deputation zu empfangen. Es würde ja auch nur eine Wiederholung der Koaxodie von 1889 sein, und ebenso wie Schröder, Siegel und Bunte würden Becker, Marken und Geyher den Muth haben, zu bekennen, daß sie keine Sozialdemokraten seien.“

Natürlich hat sich ein lustiger Bruder einen köstlichen Wit mit unserem Kollegen am „Rhein.-Westf. Tagebl.“ erlaubt und dieser ist schnurstraks in die Falle gegangen. Die Wahrheit ist, daß nicht vom Rechtschuhverein der Bergleute des Saarreviers, sondern von den gesetzlich und seitens der Grubendirektionen anerkannten Arbeitervertretern des Grubenauswahls eine Resolution — nicht Petition — an den Minister gefaßt wurde. Daß die darin niedergelegten Wünsche Berücksichtigung nicht erfahren würden, dachte jeder einzelne, denn man hatte eben Erfahrungen auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Einerseits in der Berggegnenwelt, andererseits aber in einer gleichen Eingabe, welche zurückgelesen wurde, weil nicht alle Auswahlsmitglieder sie unterschrieben hatten. Schon verhält es sich mit der Deputation an den Kaiser. Dies ist allerdings abgegangen, nicht aber auf Wunsch der Bergleute sondern auf höhere Ordre. Circa 40 Vertranensleute des Rechtschuhvereins — darunter 20 Unteroffiziere — wurden zur Besprechung oder Laubwehr nach Erler zum Kaisermandover konfiguriert. Von dort sind sie allerdings unverrichteter Sache zurückgekehrt; denn auf höchste Ordre wurden eben die Kaisermandover wegen des bekannten Beschlusses der Deputation der damaligen Zeit aufgehoben. Daß aber einer der so „Gelimgeschickten“ hiebei darüber war, haben wir trotz mehrfacher Erkundigungen nicht erfahren können, im Gegentheil viele freuten sich darüber. Das „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“ ist nun auch diesmal, wie schon öfter in der sonderbaren Lage nach dem Grundsatze gehandelt zu haben: Jeder blamirt sich so gut wie er kann. Man will lassen ihm den traurigen Ruhm.

Stutturt. Behörden und Unternehmern gehen unigst Arm in Arm, um die gerechten Bestrebungen der zielbewußten Arbeiterschaft zu unterdrücken. Neben manchen andern Beweisen mögen folgende kostbaren Juwelen aus dem Allerheiligsten offiziellen Offensivarschrank das zeigen:

Abdruckt.
J.-Nr. 4402,
Secret!

An
den Herrn Bürgermeister Reinhard
in Stuttgart.

Der früher hier beschäftigte Bergarbeiter Moriz Schmann zu Göttingen ist von der Herzogl. Strafkammer zu Bernburg wegen Verleibung des Landesherrn zu einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten und zwei Wochen und der Mühlenarbeiter Sotkliche Schäfer aus Heddingen wegen seiner Vertheiligung an den bei Gelegenheit der Reichstagswahl am 20. Februar d. J. in Heddingen begangenen Ausschreitungen, bestehend in Landfriedensbruch 2c, durch schwurgerichtliches Erkenntniß vom 20. v. Mtk. zu einer Gefängnißstrafe von 4 Monaten verurtheilt, aus welchem Grunde beide Personen für immer von der hiesigen Werksarbeit abgelegt sind, was wir dem Herrn Bürgermeister zur gefälligen Kenntnißnahme und Mittheilung an die übrigen Werksverwaltungen ergebenst anzeigen.

Herzogliche Salzwerks-Direktion.
gez. Weiskleber.
Vorsteher des gest. Kenntnißnahme.
Stutturt, den 2. Juli 1890.

Der Bürgermeister.
Reinhard.
Stutturt, den 1. December 1890.

Secret!

